

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 35 (1945)
Heft: 30

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Namen der Wahrheit

-an- Die kommunistische Presse erhebt gegen die sämtlichen Gegner auf der Rechten den Vorwurf, ihre «Partei der Arbeit» werde systematisch verleumdet. Man stemple sie zur Handlangerin einer fremden Macht. Man versuche, sie mit den «Quislingen» und «Anpassern» von 1940 auf dieselbe Stufe zu stellen. Man gehe mit System vor und versuche, sie auf ähnliche Weise wie früher die Fronten zu diskreditieren und schliesslich zu erledigen. Und warum täten dies die bürgerlichen Blätter — und zugleich die sozialdemokratischen, nicht zu vergessen die Witzblätter à la «Nebelspalter»? Um das Volk vergessen zu machen, was gewisse Leute Anno 1940 getan. Um die öffentliche Meinung abzulenken von der Schonung der Nazis, die unglaublich lange Ausreisefristen zugebilligt bekämen. Um allerlei reaktionäre Pläne zu bemänteln, Lohnabbau, Sabotage der Altersversicherung, Weiterführung des Vollmachtenregimes und allerlei Verbindungen zu den reaktionären Mächten des Auslandes zu vernebeln. Die Sozialdemokratie wird noch besonders beschuldigt, aus Konkurrenzgründen scharf zu machen, weil die Arbeiter nur bei der Stange zu halten seien, solange sie wirklich glaubten, die PdA-Leute seien «Sowjetfascisten». Fast möchte man lachen, wenn man sich erinnert, dass für die Kommunisten ein Sozialdemokrat jahrelang nicht anders hiess als «Sozialfascist».

Gleichzeitig tritt die Duttweilerpartei mit einem Flugblatt auf den Plan und klagt die Berner Regierung (morgen kann es eine andere Kantonsregierung oder gar der Bundesrat sein), an, das Stockenseeprojekt nur deshalb zu sabotieren, weil fünf von neun Regierungsräten an der

Leitung der Bernischen Kraftwerke beteiligt seien, welchen eben dieser Regierungsrat eine Konzession erteile, um das Projekt der Simmentaler Gemeinden zu vereiteln. «Rechtsbeugung» und «Rechtsverweigerung» sind die schwerwiegenden Vorwürfe, die der Regierung des grössten Kantons entgegengeschleudert werden.

Wir stellen diese beiden Situationen nebeneinander, weil sie in *einem* Punkte eine gewisse Aehnlichkeit haben: PdA und Duttweiler sehen beide die «Geheimherrschaft» mächtiger Trusts und Monopolgesellschaften. «Diktatur des Elektrotrusts», schreibt das «Tat»-Flugblatt. Trustkreise vermutet die PdA hinter der Scharfmacherei gegen die äusserste Linke. Wir stellen sie aber auch gegeneinander, weil selbst der politisch gebildete Leser sich im Hin und Her der Pressefehden nur mit Mühe ein Bild der wirklichen Situation machen kann, und *weil dieser Zustand gebieterisch nach einem öffentlichen Forum ruft, welches in solchen Fällen — via Presse — den Tatbestand vor aller Öffentlichkeit neutral darzustellen hätte.* «Im Namen der Wahrheit.» Duttweiler, die PdA und ihre Gegner sind alle der Ueberzeugung, in diesem Namen zu schreiben und zu sprechen. *Aber sie sind Partei. Ein solches Forum ist unser 1. August-Wunsch.* Es müsste sich in persönlichen Unterredungen mit Nicole und Konsorten eine gründliche Ueberzeugung bilden, ob sie's ernst meinen und aus Ueberzeugung oder nur, um die Massen zu fangen, reden, und müssten das Ergebnis öffentlich mitteilen. Dergleichen beispielsweise im angetönten Duttweilerhandel, wo es gilt, von einer Regierung eindeutig und ein für allemal den Makel zu nehmen, sie treibe die Politik des BKW-Verwaltungsrates. Wenn ein durch Volkswahl oder durch Auswahl der Besten aller Parteien bestellter «Wahrheitsrat» oder wie man ihn nennen würde, vor allem Volk feststellen würde: «Duttweiler spricht bewusst böswillig», dann müssten seine Angriffe künftig zum mindesten vorsichtiger werden.

„Vor geschlossenen Türen...“

Die «siebente Grossmacht», die Presse, ist in Potsdam auf eine Art und Weise *beiseite gestellt* worden, wie sie sich das vor Kriegsende nicht vorgestellt haben mag. Hunderte von Zeitungsleuten drücken sich herum und sind darauf angewiesen, Meldungen aus den Fingern zu saugen, so sie welche kabeln wollen, oder wie ägyptische Traumdeuter aus Symptomen der oder jener Art Gegenwart und Zukunft zu enträtseln. Das passt ihnen nicht. Sie wettern über die Geheimdiplomatie alten Stils, welche wieder überstanden sei, nachdem man sie doch Anno 1918 abgeschafft wähnte. Man könnte den Leuten noch ein anderes Thema weisen: «Stalin ist schuld». Denn es sind selbstverständlich die Russen gewesen, welche den Ausschluss der Zeitungen bis zum Schluss der Verhandlungen als Bedingung gestellt hatten. Ob sich Truman und Churchill lange dagegen gesträubt haben? Wohl kaum. Und dieser Umstand könnte ja ein drittes Thema abgeben: «Churchill und Truman verraten den Russen zuliebe ein demokratisches Grundrecht, die Pressefreiheit!» Oder sie können ja, um ihre Regierungschefs zu schonen, sagen: «Von den Russen gepresst!»

Nun ist es so, dass die Presse erst dann über etwas schreiben kann, wenn sie etwas erfahren hat, aber keine

Wir erinnern uns

1941:

21. Juli. Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen regeln für ein Jahr den gesteigerten Kompensationsverkehr zwischen uns und dem Reiche, «Kohle und Eisen gegen Maschinen».

26. Juli. Vichy-Frankreich schliesst mit Japan einen Vertrag über die gemeinsame Verteidigung von Indochina.

1942:

23. Juli. Der untere Don wird von den Deutschen auf breiter Front überschritten. Die zweite Sommeroffensive sprengt das «Tor des Kaukasus» bei Rostow. Bei Kalat am Donknje sind von Bocks Armeen der Wolga auf 80 km nahe gekommen.

1943:

26. Juli. In Italien wird Mussolini vom grossen Fascistenrat abgesetzt und vom König verhaftet. Badoglio als Nachfolger proklamiert: «Der Krieg geht weiter!»

Ganz Westsizilien ist in der Hand der Amerikaner. In Russland steht Orel vor dem Fall.

1944:

23. Juli. Hitler spricht nach dem Attentat des Grafen Stauffenberg gegen ihn und verheisst «Abrechnung, wie es die Nationalsozialisten gewohnt sind».

24. Juli. Die SS verbrennen St. Gingolph an der Wallisergränze.

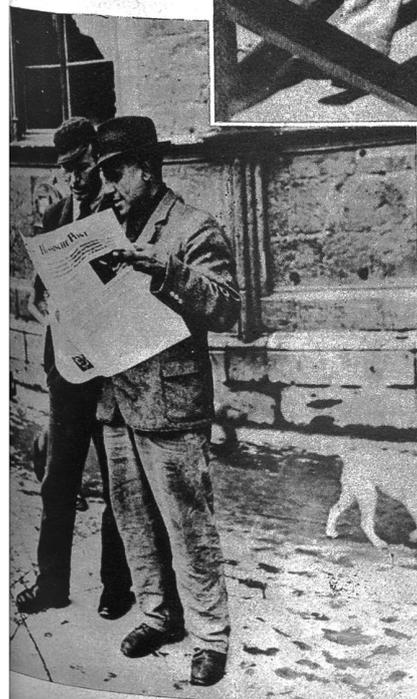
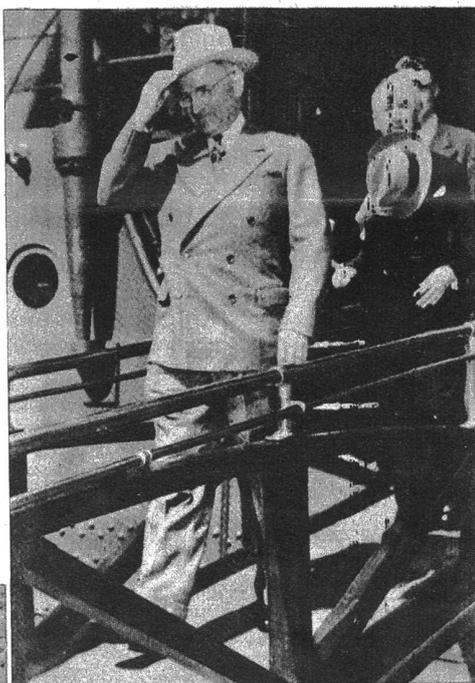
Jorellensstube

Herrngasse 25 (Casino)

Behörde, kein Verwaltungsrat, keine Parteiversammlung und keine Gewerkschaft oder kein Verband sind verpflichtet, bei jeder Verhandlung eine Pressevertretung zuzuziehen, die allsogleich niederschreibt, was sie vernimmt und damit in die Verhandlungen eingreift. Man hat sich immer und überall gefragt, was für die Presse sei und was nicht. Bevor sie das *gesetzliche* Recht bekommt, überall, nicht nur im Parlament, dabei zu sein, sondern auch bei Bundesratsverhandlungen, bei Verhandlungen unserer Gesandten in fremden Hauptstädten oder wer weiss wo, muss diese Grossmacht erst noch beweisen, dass sie dazu reif ist.

Stalin — und wohl auch die beiden andern — finden jedenfalls, dass die Abschaffung der «Geheimdiplomatie» nicht das schändliche Versagen der Nachkriegspolitik zwischen 1918 bis 1939 verhindert habe, und dass die in hundert Richtungen politisierende Presse nicht die geringste hemmende Wirkung dem neuen heraufziehenden Gewitter des zweiten Weltkrieges gegenüber erzielte. Sie ziehen darum vor, *hinter einem «Vorhang von glänzenden Festen und Paraden, Dinners und Ansprachen»*; die der Presse gezeigt werden und wofür das nötige «Betriebspersonal» mitgebracht wurde, mit grösstem Eifer zu arbeiten und erst nach Erzielung greifbarer Ergebnisse den Blättern der Welt in einem ausführlichen Communiqué zu sagen, was zustande gekommen. Die Hochachtung vor der Presse werden die drei Chefs bezeugen, wenn dieses Communiqué in ungezählten Sprachen allen Völkern mitgeteilt wird, und vielleicht erst, wenn man es auch in so vielen Sprachen billigt.

Rechts: Seit 1919, als Woodrow Wilson an die Versailler Friedenskonferenz kam, an der er und seine Ideen Schiffbruch litten, hat kein amerikanischer Staatspräsident den Boden Europas betreten. Nun ist Truman nach Beendigung des zweiten Weltkrieges auf dem alten Kontinent eingelangt. Unser Funkbild zeigt ihn beim Verlassen des Kreuzers Augusta in Antwerpen. Hinter ihm der Staatssekretär Byrnes
(Funkbild ATP)



Links: Die ersten deutschen Zeitungen: Unter der Aufsicht eines Hauptquartiers für „psychologische Kriegführung“ der amerikanischen Armee erscheinen in der von den Truppen der USA besetzten Zone des Reiches jetzt die ersten Zeitungen, die diesen Namen verdienen. Die neuen Zeitungen werden mit Heiss hunger „verschlungen“, denn die Bevölkerung blieb seit Kriegsende resp. Besetzung ohne Nachrichten aus aller Welt (ATP)

Worüber aber wird verhandelt?

Wir sollten uns nun bescheiden und nicht selber «ägyptische Traumdeuter» werden, im Verlangen, doch etwas über die Konferenz sagen zu wollen. Und doch weiss man etwas, wenn man hören will. In erster Linie sind *alle am Japanproblem interessiert*. Darum haben sich auch die *zwei wichtigsten Gerüchte* gedreht, die der Konferenz vorangegangen: *Stalin bringe ein japanisches Friedensangebot mit, und Truman sei mit einer modifizierten Kapitulationsforderung an Japan erschienen*. Neuyork wusste nachher nichts von Trumans Absichten. Ob Stalin etwas mitgebracht hat, darüber geruhte er zu schweigen.

Dagegen scheint es beinahe, als habe *der Captain der Marine Zacharias, welcher im amerikanischen Rundfunk Japan zur Kapitulation aufforderte, im Namen der Potsdamer Konferenz gesprochen*. Zacharias erklärte den politischen Führern Japans: Ihr habt zwei Möglichkeiten, entweder die totale militärische Niederlage und einen diktierten Frieden, oder aber die vorherige bedingungslose Kapitulation mit den *Chancen, welche in der Atlantikcharta gegeben sind*. Das heisst also Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der japanischen Stammlande. Die Zeit, die euch bleibt, um diese Chancen auszunützen, ist kurz. Wenn die britisch-amerikanischen Kräfte gruppiert sind, wird der Krieg rasch entschieden, und zwar in Japan.

Seit den *furchtbaren Dauerangriffen der letzten Woche* haben die vereinigten Flotten sich vermutlich noch näher an die Küste herangeschoben, und wenn *das erste grosse Schiffsbombardement auf 15 km Distanz* vor sich ging, ohne dass sich eine wirksame Gegenwehr der japanischen Restflotte oder der Luftwaffe zeigte, wird die nächste Grossaktion wohl noch näher, *vielleicht in der Bucht von Tokio selber*, erfolgen. Und vielleicht bedeutet ein solcher Angriff ins Herz des feindlichen Reiches auch den Beginn der Invasion.

Der *zweite wichtige Konferenzgegenstand* ist zweifellos *das Problem der Versorgung Europas*. Während noch vor kurzem die angelsächsischen Zeitungen — und die offiziellen Sprecher — in alter Kurzsichtigkeit vom «selbstverständlichen Hungern» Deutschlands im nächsten Winter redeten, scheint die russische Parole, man müsse die geschlagenen Deutschen füttern, nun gesiegt zu haben. Sie sind es freilich, welche *fast sämtliche Maschinen der deutschen Schwerindustrie nach Russland abtransportieren* — aber sie denken, die Besiegung einer allfälligen deutschen Anarchie hänge weniger von diesen Maschinen als von einer genügenden Kornzufuhr ab. In Amerika wird neustens sekundiert: Wettlauf zwischen Kohle und Anarchie!

Es ist ein vielversprechender Unterschied gegenüber 1918/19, wo die Deutschen unter Blockade gehalten wurden, bis sie den Diktatfrieden angenommen, und heute, wo die Russen mit der Parole: «Füttern», vorangehen. Die Bolschewiki müssen es ja am besten wissen, wie Desorganisation und Hunger der Revolution den Boden bereiten. Hätte der Diktator im Kreml die Revolutionierung des Reiches im Sinn, müsste er den «Katastrophentheoretiker» spielen und zur Aushungerung raten!

Die Grenzprobleme

stehen vermutlich an dritter Stelle, aber sie können ebenso grosse Gefahren zeitigen wie die Versorgungsnot. Die Begleitmusik zu *einem* dieser Probleme hat man in der vergangenen Woche deutlich gehört: Der *Generalstreik in Triest*, der sich auf die ganze slowenische Küste ausdehnte, nahm seinen Ausgangspunkt in der Forderung, *die von den West-Alliierten verhafteten Leute der slowenischen — und italienischen — Widerstandsbewegung freizugeben*. Man braucht nicht ohne weiteres anzunehmen, dass dahin-

ter «Stalins Regie» stehe. Die Slowenen und Kroaten in Istrien kämpfen schon aus eigener Leidenschaft, und es braucht nur die Regierung Titos zu sein, welche «zuhanden von Potsdam» die Demonstranten ermuntert. Dass es sich um Aktionen handelt, hinter welchen der gesamte Nationalismus Jugoslawiens steht, der nicht mehr, wenigstens heute nicht, von der linksorientierten Ideologie zu trennen ist, ergibt sich aus einer Einzelheit der Streikaktion: Die Slowenen, die übrigens durch die italienischen Kommunisten Triests unterstützt wurden, bezeichneten die Verhafteten als ihre Vertrauensleute, welche sie in den Behörden der Stadt haben wollten, und solange die Amerikaner Faschisten in diesen Behörden duldeten, verlangten die Streikenden zum mindesten das Recht auf gleiche Behandlung wie ihre Gegner.

Es ist interessant genug, festzuhalten, dass dieser Generalstreik sich in einem von Amerikanern besetzten Gebiete abspielt. *Amerika und England, welche beide Triest dem neuen Italien erhalten wollen*, haben nur ihre Truppenmacht, nicht aber eine «bürgerlich-italienische Gegenaktion» in dieser doch als italienisch bezeichneten Stadt vorzuweisen. Wenn in Berlin um Triest markiert wird, dann haben die Russen ohne Zweifel sehr kräftige Argumente pro Tito (der übrigens bei Stalin eingetroffen sein soll), zur Verfügung, und der «Kanton Triest» in der südslawischen Föderation erscheint gar nicht als Lösung, die am wenigsten Aussicht auf Verwirklichung hat.

In ähnlicher Weise wie die slowenischen Triestiner demonstrierten die *Albanesen, die Griechen, die Jugoslawen und Bulgaren* mit Anklagen über Grausamkeiten ihrer Nachbarn oder auch der innern Gegner für ihre Grenzen in Mazedonien und Thrazien — oder gegen die vom Gegner verlangten Grenzen.

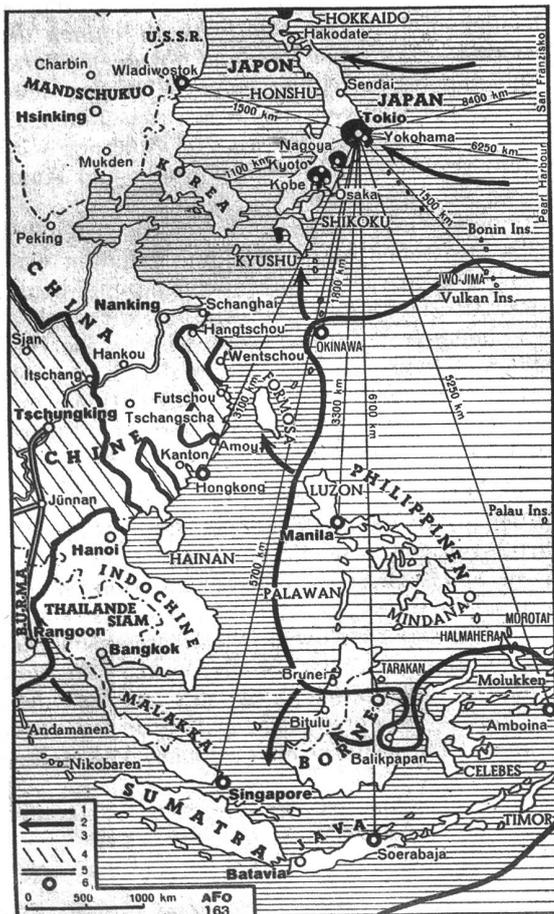
Dass Amerika seine Standpunkte hart verteidigen wird, beweisen gewisse Presse-Aeusserungen von drüben, welche sich gegen eine zu ausgiebige Schwächung der amerikanischen Armeen in Europa wenden. Es gibt immer noch zwei Fronten, die militärische gegen Japan und die politische in Europa. Das klingt ja fast wie eine Drohung gegenüber russischen Uebergriffen, die abzuweisen seien. Obgleich die Ersetzung der Kampfarmeen durch die USA-Heimarmee verlangt und mit den Versorgungsfragen ver-

quickt und begründet wird, bezieht sich ohne Zweifel diese Forderung nach Verstärkung der Armeen auf die möglichen Grenzkonflikte.

Das unabhängige Oesterreich dürfte von einer Spezialkommission behandelt werden. Vorläufig ist es zu einer endgültigen Besetzungsordnung gekommen: Nieder-Oesterreich und das Burgenland stehen unter den Russen, Vorarlberg und Tirol unter den Franzosen, Ober-Oesterreich und Salzburg unter den Amerikanern, Steiermark und Kärnten unter den Engländern. Also je zwei Länder unter einem der Alliierten. Dazu kontrollieren die Engländer Südtirol und das Trentino. Man hofft in Oesterreich, die Konferenz werde die deutschen und ladinischen Gebiete zu Oesterreich schlagen. Wien wird in vier Zonen aufgeteilt.

Bis heute haben die einzelnen Besetzungsherren sich völlig gegeneinander abgeschlossen. So konnten die Engländer noch gar nicht in das ihnen übertragene Graz einziehen. Die einzelnen Landesregierungen sind entsprechend den Ansichten ihrer übergeordneten fremden Militärs gefärbt: In der amerikanischen Zone wird systematisch der politische Katholizismus gestärkt, weniger ausgesprochen in der britischen, und am wenigsten in der französischen. In Wien und im russisch besetzten Gebiete befiehlt die nur de facto von den Russen anerkannte Regierung Renner, die ausser Sozialdemokraten und Kommunisten auch Christlich-Soziale der ehemaligen Färbung aufweist. Wien versucht, durch finanzielle Vorschüsse an die erreichbaren Länder seine Versorgung zu sichern. Die Russen mischten sich auch nach den wenigen alliierten Berichten nicht ins politische Leben ein und haben ihre Anwesenheit auch hier hauptsächlich durch den Abtransport der Schwerindustriemaschinen bewiesen.

Das Rätsel der Katholiken-Bevorzugung durch die Amerikaner und die konsequente Fernhaltung der Kommunisten, findet seine Parallelen in Belgien, wo der in Salzburg weilende König Leopold um jeden Preis, mit Hilfe der katholischen Rechten seinen Thron retten will. Er hat vom Parlament eine Volksbefragung verlangt. Ist seine Haltung — wie die amerikanische, Programm? Heisst die Parole nicht nur: Kohlen gegen Anarchie, sondern auch «Ordnungsmacht Kirche gegen Anarchie»?



Zur Karte: Die militärische Lage Japans. 1=Frontverlauf am 18.7.45. 2=Allgemeine Angriffsrichtungen der alliierten Land-, Luft- und Seestreitkräfte. Das schwarz markierte Gebiet in Japan bezeichnet die schwer bombardierten Zentren der japanischen Rüstungsindustrie. 3=Von den Alliierten beherrschtes Gebiet. 4=Gebiet des Freien China. 5=Burmastrasse. 6=Wichtige Stützpunkte im ostasiatischen Kampfraum

Die grossen Erfahrungen, die die Amerikaner in den Landungen auf japanisch besetzten Inseln erworben haben, werden nun auf der grössten der bisher angegriffenen Insel, auf Borneo, verwertet. Unser Bild zeigt eine der letzten Landungen auf Borneo; bei der Beschussung des Vorfeldes sind japanische Oelflaks in Brand geraten (ATP)

